

# **DIE REPUBLIKANER**



## **PRESSEMITTEILUNG**

## **REPUBLIKANER NIEDERSACHSEN**

Lars Fintelmann –Landesredakteur-

Mail: [rep.dannenberg@gmail.com](mailto:rep.dannenberg@gmail.com)

### **Republikaner zur Wohnungspolitik in Niedersachsen: „Kommunen sind in der Pflicht“**

Viele Menschen sind in Niedersachsen verzweifelt auf Wohnungssuche. Trotz intensiver Bemühungen scheitert ihr Verhaben, ein neues Domizil zu beziehen. Grund ist die Vernachlässigung des sozialen wie konventionellen Wohnungsbaus im Flächenland. Private Investoren unterließen es bis in die jüngste Vergangenheit hinein, den Neubau von Immobilien zu forcieren. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus versagte vor allem das Land Niedersachsen. Trotz eindeutiger Hinweise, Wohnraum könne sich

entscheidend verknappen, unterließ die Hannoveraner Landesregierung die dringend benötigte Initiative zum sozialen Wohnungsbau.

Die Angebot hinkt der Nachfrage erschreckend deutlich hinterher. Zu viele Personen begehren Wohnraum, der einfach nicht vorhanden ist. Besonders schwer haben es Arbeitslose, Rentner, alleinerziehende Mütter und Aussiedler. Sie bekommen meistens nicht einmal einen Besichtigungstermin gennant, ihnen hilft auch nicht die Verwaltung.

Hier sind die Kommunen in der Pflicht, das meinen die Republikaner. Sie könnten zeitnah Abhilfe schaffen, indem sie sich eine Selbstverpflichtung zur Renovierung bereits vorhandenem Wohnraumes auferlegen. Diese Immobilien könnten dann per Wohnberechtigungsschein (WBS) an den bedürftigen Mann oder die Frau gebracht werden.

Gemeint sind Wohnobjekte, die bereits existieren, aber aufgrund ihres schlechten Zustandes derzeit nicht nutzbar sind. Sozial Bedürftige haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, dieser muß Ihnen auf Antrag ausgestellt werden. Das Dokument berechtigt den Inhaber, eine kommunale Sozialwohnung zu beziehen. Leider haben viele Städte, Kreise und Geimenden ihre Kommunalwohnungen bereits verkauft, um sich kurzfristig finanziell zu sanieren.

Die vehemente Forderung der Republikaner: Die Kommunen müssen schnellstmöglich renovierungsbedürftigen Wohnraum erwerben und diesen wieder instand setzen. Diese Einheiten sind dann umgehend sozial bedürftigen Personen zur Verfügung zu stellen. Das sind wir unseren Landeskindern schuldig.

*Republikaner Niedersachsen, Pressestelle, 17.06.2017*